

Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den Centralmächten.

Interessante türkische Zeitungsstimmen.

Die türkische Presse befaßt sich in letzter Zeit sehr eingehend mit den Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den Centralmächten. Diese Neußerungen sind um so bedeutungsvoller, als die Blätter unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicherlich die Ansichten der maßgebenden Konstantinopeler Kreise widerspiegeln. Die Kölnische Zeitung lenkt die Aufmerksamkeit auf zwei in letzter Zeit erschienene Artikel der türkischen Presse. Der eine stammt aus dem Blatt Taswir-i-Effkar. Er führt aus, daß die in Konstantinopel angekommene Kommission, die in der Türkei gewisse Artikel kaufen und sie nach Deutschland und nach Oesterreich-Ungarn ausführen will, nicht recht einzusehen vermöge, warum manche Sachen in der Türkei so teuer sind und warum man zum Beispiel für eine Ware, die in Smyrna $\frac{1}{2}$ Pfund kostet, in Konstantinopel 4 Pfund verlangt. Die Kommission habe daher nicht nur einen Schritt bei der türkischen Regierung unternommen, um die Einkaufspreise herabzusetzen, sondern auch angeboten oder verlangt, daß die von Deutschland benötigten Waren erst an der Landesgrenze gekauft und daß dort erst der Preis festgesetzt werden solle; bis zur Grenze sollen die Waren von den Verkäufern selber geliefert werden, und es stünde ihnen frei, wenn sie den von der deutschen Kommission gebotenen Preis nicht annehmen, die Ware zurückzuschaffen. Diese auf Unkenntnis der Landesverhältnisse beruhenden, preisdrückenden Vorschläge weist das türkische Blatt im Auftrag der Regierung natürlich zurück und fügt hinzu, der richtige Weg sei nicht die Monopolisierung durch eine Einkaufskommission, sondern Handelsfreiheit und freie Konkurrenz, und es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Tausende von deutschen und österreichisch-ungarischen Handelsfirmen, die seit langem die besten Beziehungen zu der Türkei unterhielten und das Land besser kennen als eine neu angekommene deutsche Kommission, vorziehen werden, diesen Weg zu beschreiten.

Das Wichtige im Artikel ist keineswegs die Meinungsverschiedenheit über die Preisbildung. Die Sache dürfte nach Ansicht des Rheinischen Blattes wohl einen tieferen Grund haben. Vielleicht macht sich jetzt schon leise eine gewisse Sorge bemerkbar, was nach dem Kriege sein wird. Der Vorrat an Produkten und an Rohmaterialien, die für die Industrie und die Volkswirtschaft der beiden Verbündeten sofortige Abnehmer finden, ist gerade in der Türkei alles andere als unbegrenzt. Gewiß bedenkt die Türkei auch, daß ihre durchaus nicht unerschöpflichen Vorräte auch einmal für die eigenen Bedürfnisse notwendig werden könnten, und daß sie, namentlich in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, wenn alle kriegführenden Staaten und nicht zuletzt die Türkei tief verschuldet sein werden, und niemand mehr Lust hat, Geld zu verleihen, einmal ihre einzige Geldquelle bilden werden. In dem dauernden Abfluß aller irgendwie brauchbaren, jetzt aufgestapelten Erzeugnisse liegt daher sowohl für die türkische Volkswirtschaft wie für die türkischen Finanzen so lange eine gewisse Gefahr, als der endgültige Ausgang des Weltkrieges noch nicht ganz feststeht. Die Türkei wird Geld gewinnen aus solchen Kriegsverkäufen, aber doch niemals genug, um den gewaltigen Ausgaben des Krieges und der Schuldentilgung gerecht zu werden; sie will daher einen gewissen Vorrat an Wärem im Bedarfsfalle zu Geld zu machenden Waren so lange zurückbehalten, bis einerseits jede politische Gefahr für sie geschwunden, andererseits die neue, intensivere Produktion eingeleitet ist. Und bei alledem wollen wir nicht vergessen, daß der Zeitpunkt, wo wirklich die Türkei in großem Maßstabe den Centralmächten als Rohstofflieferant von Nutzen sein kann, noch in weiter Ferne liegt. Daß die Türkei das wird, wird eine Frage großzügiger, jahrelanger Arbeit sein.

Ein zweiter in der Sabah erwähnener Aufsatz zieht eine weitere Perspektive. Mit deutlichen Worten spricht er sich gegen den auf der Dresdener Wirtschaftskonferenz vertretenen Gedanken eines engen politischen Anschlusses der Centralmächte unter sich und mit der Türkei aus, soweit dieser Zukunftsplan die Türkei anlangt. Die Sabah gibt zu, daß der Zollverein sicher eines der wirkungsvollsten Mittel sein würde, die Freundschaft und das Bündnis festzukitteln, aber sie hebt hervor, daß zunächst Freundschaft und militärisches Bündnis die Hauptsache seien und an alles andere noch nicht gedacht werden könne. Kluge Zurückhaltung in dieser Frage sei sogar notwendig zur Wahrung des eigenen Ansehens, und ohne solches und vorsichtige Wahrnehmung der eigenen Interessen werde auch die Freundschaft wertlos und verliere die Türkei die Möglichkeit, ihren Freunden zu nützen. Die Grundlage, von der das türkische Blatt ausgeht, ist aber weder mangelnde Wärme für die Verbündeten, noch Egoismus, sondern die Ueberzeugung, daß die Türkei wirtschaftlich sich in ganz besonderer Lage befinde. Länder wie Bulgarien und Rumänien, genügend vorgeschrittene Ackerbauänder mit guten Verkehrsverhältnissen, können natürlich — nach der Auffassung des türkischen Blattes — den Ueberfluß ihrer Erzeugung höchst vorteilhaft verkaufen und dadurch reich werden. Die Türkei sei dagegen nicht imstande, diesen Vorteil genügend auszunützen. In Jahren des Ueberflusses an Getreide verkaufe ein Teil der Ernte an Ort und Stelle infolge der mangelhaften Verkehrsverhältnisse. Und solange diese alte, vererbte „Krankheit“ nicht geheilt sei, könne sich das Land nicht als ein ausgesprochenes Ackerbau-, daß heißt Getreideland betrachten. Denn

es habe keinen Zweck, Getreide, Leder, Wolle, Seide und ähnliches auszuführen, dafür aber Mehl, Biskuits, Bier und Gewebe zu importieren. So werde es kommen, wenn die Türkei im Zollverein mit industriell hochentwickelten Ländern die Rolle eines reinen Ackerbaugebietes übernehme. Ein solches sei dann gezwungen, immer sein Allerbestes herzugeben, und das sei verhängnisvoll. Im Zollverein mit Industrieländern könne die Türkei nur verlieren.